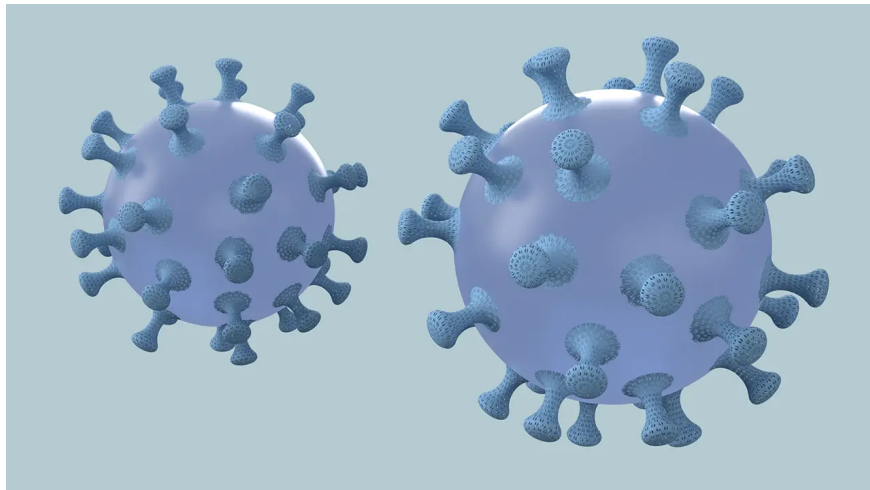


Ein kurzer Überblick über die Proteste und Gegenproteste im Zusammenhang mit der Covid-19 Pandemie in Potsdam und Umland



Seit dem Dezember 2021 kam es in zahlreichen bundesdeutschen (und damit auch ostdeutschen) Städten (wie Potsdam) erneut zu Protesten gegen die sogenannte „Corona-Politik“ des Bundes und der jeweiligen Landesregierungen. An vielen Orten nahmen rechte und rechtsextreme Akteure an den Aktionen und Demonstrationen der *Pandemie-Leugner_innen* teil oder versuchten anderweitig Einfluss auf diese aus zu üben. Teile der traditionellen Friedensbewegung, der „Alternativbewegungen“ oder der Anthroposophie sind durch ihre eigene völkische Tradition und der Kontinuität des Unwillens der Abgrenzung von Nationalsozialismus und rechter-völkischer Bewegung, offen für alte und neue Formen rechtsextremer Politik. Der rechtsoffene Charakter der Proteste macht sich unter Anderem dadurch bemerkbar, dass selbst, wenn keine organisierten Neonazis oder Teile der „neuen Rechten“ die Proteste koordinieren, die Verharmlosung des historischen Nationalsozialismus oder die Geschichtsrelativierung antifaschistischen Widerstands im Nationalsozialismus ebenso zum Hauptbestandteil der Protestartikulation gehörten, wie die Verharmlosung realer (gegenwärtiger) Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnisse. Demnach führten die Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Virus sofort entweder „in die Konzentrationslager“ oder in „ein Apartheidssystem“. Das benutzen des „Judensterns“ als eigene Opfer-Inzenierung war/ ist in diesem Zusammenhang nicht nur der geschmackloseste Ausdruck von Teilen der Protestbewegung, sondern eindeutig der Versuch Geschichte zu verdrehen. Eine fundierte Kritik an Maßnahmen im Kontext mit der Pandemie war meist nicht sichtbar präsent.

In mehreren Städten initiierten bzw. dominierten Nazis und Rechtsextreme hingegen gar die Proteste. Ob nächtliche Fackelmärsche in Trommelformation, angeführt von der Neonazipartei „Dritter Weg“ im nordwest-brandenburgischen Wittenberge (bzw. Wittstock) oder von rechtsextremen AFD-Funktionären angemeldete Demonstrationen im Süden Brandenburgs wie in Cottbus. Tausende Menschen reihen sich problem- und widerspruchlos ein: neben Organisationen wie der Identitären Bewegung, dem Dritten Weg oder der AFD. Die Teilnehmer_innen fordern etwa das „System BRD“ zu stürzen oder brüllen unverblümt: „Hier marschiert der nationale Widerstand“. Und tausende haben kein Problem damit bzw. wollen keine Nähe zur organisierten Naziszene erkennen, wenn sie einem Transparent (getragen von rechtsextremen Fußballhooligans) folgen auf dem steht: „Kontrolliert die Grenzen – Nicht euer Volk“. Möglicherweise müsste selbst dem letzten *wirklich-aufrechten Demokraten* aufgefallen sein, dass es zumindest bei Demonstrationen solcher Art bisher nicht wirklich um die Suche nach solidarischen Möglichkeiten und

Strategien zur Beendigung der Pandemie (überhaupt ein Bezug zu Covid-19?!) ging, sondern darum den Handlungsspielraum und Aktionsradius für nationalistische und rechte Politik zu erweitern. Aus den „Gegner_innen der Islamisierung des Abendlandes“ wurden „Querdenker_innen“, welche zu „Pandemiegegner_innen“ wurden - könnte ein möglicher chronologischer Blick auf das Protestgeschehen der letzten Jahre in Deutschland sein. Der Titel oder Slogan ändert sich, die wirklichen Inhalte blieben oftmals gleich. Antisemitismus, anti-muslimischer Rassismus, NS-Verharmlosung oder gleich ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus.



Abbildung 1: Titelcover der Neonazi-Zeitschrift "N.S. Heute" mit einem Foto der rechtsextremen Anticoronaproteste in Cottbus Anfang 2022

In einigen Städten gab es die Versuche kritische, solidarische und antifaschistische Impulse in die Proteste zu tragen. Beispielsweise Transparente mit antifaschistischen Slogans oder den Versuch der Thematisierung von sozialer Frage in Bezug auf die Pandemie. In anderen Städten wurden (erfolgreicher) die Proteste kritisch von Außen durch Blockaden, direkte Aktionen oder Gegendemonstrationen begleitet. Die Form der Auseinandersetzung hat sehr wahrscheinlich auch mit den Bedingungen vor Ort (dem Vorhandensein von Zivilgesellschaft, antifaschistischen Strukturen, etc.) zu tun.

In Potsdam haben sich, zum Ende des letzten Jahres hin, mit dem Beginn der neuen Proteste, ganz unterschiedliche Gruppen und Akteure zusammen gefunden. Organisierte Nazis dominierten im letzter Zeit jedenfalls nicht den Protest. Der „Demokratische

Widerstand“ und „Querdenker_innen“, Schwurbler_innen waren allerdings ebenso vertreten, wie die AFD oder einzelne Neonazis. Aber auch Teile der traditionellen Friedens- und Sozialen Bewegung nahmen an den Aktionen teil. Mit anfänglich einigen dutzend Teilnehmer_innen steigerte sich in den letzte Monaten die Zahl der Demonstrierenden und lag zuletzt bei 500 bis zu 700 Personen. In den ersten Wochen versuchte die AFD das Geschehen zu beeinflussen. Auf einer Kundgebung Ende Dezember gegen einen „Impfzwang“ ging es neben „deutscher Familienpolitik“ und dem „Flüchtlingsproblem“ hauptsächlich darum NS-Relativierung zu betreiben. Die Gesundheitspolitik der Bundesregierung wurde so mit den Menschenexperimenten des Josef Mengele und der Euthanasie der Nazis verglichen; auch ein Propagandaministerium unter Leitung von Josef Goebbels wurde dort herbeiphantasiert. Das „neue Ermächtigungsgesetz“ sei „ja schon längst beschlossen worden“. Die AFD ruft auch weiter offen zu Protesten auf und nimmt an Demonstrationen teil. Potsdamer Kameradschaftler aus der organisierten Naziszene beteiligten sich ebenfalls: Das Nazinetzwerk „Freies Potsdam“ oder der rechsextreme Liedermacher Sascha Korn (Einprozent, NPD, etc.) berichteten online (etwa auf Twitter) von den Protesten. Ende Januar wurden auf der Demonstration Flyer verteilt auf denen „Buben und ein Mädels“ in reiner NS-Ästhetik abgebildet sind und unter Schwarz-Weiß-Roter Schärpe „Identität bewahren“ gefordert wurde.

Teile der Demonstration versuchten sich nach Außen unpolitisch zu geben, parteipolitische Instrumentalisierung zu verhindern und hoffen sich auch so gegen rechte Strukturen abgrenzen zu können. So hieß es in einem Aufruf zu einer Demonstration Anfang Februar: „Gegen die Ausgrenzung Andersdenkender - Gegen Extremismus“. Auf einer der letzten Demonstrationen soll zudem Redebeiträge gegen Nazis und rechte Strukturen gehalten worden sein. An der Ernsthaftigkeit der Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Antifaschismus ist dann dennoch wieder zu zweifeln, wenn auf der selben Demonstration Anfang Februar die Kritik an Gesundheits- und Sozialpolitik bei Parolen wie „Deutschland steht auf!“ und „Gegen die Eliten!“ verebbt. Bei gleichzeitiger Bedienung relativierender Extremismustheorien: „Die Linken sind genau so wie die Nazis“ (Stichwort: Hufeisentheorie) kann das Alles auch an das Gegenteil erinnern: Dem Aufziehen einer extrem rechten und völkischen Bewegung.

Das die Demonstrationen gegen die Pandemie in Potsdam nicht von Nazis und extrem Rechten bestimmt wurden, lag an der Stärke unabhängiger antifaschistischer Gruppen und

Strukturen bzw. der „Zivilgesellschaft“, welche durch verschiedenste Aktionen eigene Akzente setzte und Gegenprotest organisierte. Die Aufklärung über den schleichenden Übergang und die Zusammenhänge von sogenannter Schwurbelei (also anti-aufklärerischer Tendenzen im (Klein-)Bürgertum) hin zu extrem rechter und völkischer Bewegung ist wahrscheinlich ihr Verdienst. Schließlich ist allen annehmbaren theoretischen und praktischen Ansätzen des Antifaschismus gemein, dass eine faschistische Gefahr nicht nur in faschistischer Bewegung zu suchen ist sondern mit dem zu tun hat was mitunter „bürgerliche Demokratie“ genannt wird: Der gesellschaftliche Normalzustand vor, während und wahrscheinlich auch nach der Pandemie.



Abbildung 2: Aufkleber in Potsdam:
Relativierung des Nationalsozialismus



Abbildung 3: Aufkleber in Potsdam:
Verharmlosung von Apartheid

Dazu passt auch, dass Gruppen der Polizei (ob gewollt oder ungewollt) mit rechten/rechtsextremen Protesten/ Inhalten im Kontext von „Covid-19“ sympathisierten, in vielen Städten rechts-offene Demonstrationen gerade zu hofiert wurden und „Gegendemonstranten“ sich mitunter über willkürliche Ausweiskontrollen/ Personalienfeststellungen oder unverhältnismäßige körperliche Gewalt durch Polizist_innen beklagen (mussten). Allerdings schien das Thema diese vorher schon bekannten Umstände nur zu verdeutlichen. Das der gesellschaftliche Umgang in der Pandemie vor allem die Lebensbedingung von „sozial-marginalisierten“ Gruppen verschlechterte: das beispielsweise Menschen mit unsicheren Duldungs- und Aufenthaltsstatus; Menschen ohne Wohnung/Obdach; behinderten Menschen; Frauen in Frauenhäusern oder Sexarbeiter_innen/Prostituierten das Leben weiter erschwert wurde schien auf den

bisherigen Demonstrationen im Gegenzug ebenso wenig zu interessieren, wie die Frage: Warum eigentlich zuerst die Wirtschaft und Industrie ohne großes Zögern mit milliardensubventionen unterstützt wurde, während kleinere Betriebe schon vor zwei Jahren, mit Beginn der Pandemie, schließen mussten und viele Arbeiter_innen ihren Arbeitsplatz verloren oder in die „Kurzarbeit“ geschoben wurden. Zu Beginn der Pandemie wurde in Großraumbüros und Lagerhallen der Normalbetrieb von Lohnarbeit und Warenproduktion mit fast allen möglichen Mitteln aufrecht erhalten, während nächtliche Ausgangssperren beschlossen und Kultureinrichtungen geschlossen wurden. Verwertungslogik und Wachstumszwang blieben richtungsweisende Koordinaten. Leider fand die Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen Verhältnissen bzw. Ursachen und den mit ihr einher gehenden politischen Schwerpunktsetzungen und Entscheidungen bisher (auf den beschriebenen Demonstrationen) nicht wirklich satt. Nicht zuletzt machen breite Diskussionen über desolate Lieferketten; Schiffskanal- oder Autobahnbrückenbestzungen während der Pandemie; oder die „Nahrungsmittelknappheit“ im Zuge des Krieges in der Ukraine; die Notwendigkeit über weitere Auseinandersetzungen deutlich.

Eine grundsätzliche Kritik an einem Gesundheitssystem, welches mitunter als Unternehmensstruktur mit Wachstumszwang funktioniert, wurde hingegen beispielsweise von einer Gruppe formuliert die sich „Patient_innen gegen die kapitalistische Leidkultur“ nennt und solidarische Lösungen aus der Krise forderte. Auf die mögliche internationale Freigabe von Patenten wurde bei den Protesten in Potsdam ebenso aufmerksam gemacht, wie auf das globale „Nord-Süd Gefälle“ im Kontext von (schon seit Jahrzehnten bestehenden) Pandemien und Gesundheitspolitiken auf der Erde. Plakate riefen außerdem zur Auflösung von Sammelunterkünften für Geflüchtete oder für die Vergesellschaftung von Krankenhäusern auf. Wahrscheinlich werden auch zukünftig Thematisierungen über die Zusammenhänge von Flucht, Migration, Klima und Wirtschaft - zudem ein eindeutiger, unmissverständlicher Antifaschismus - helfen, den rechten, nationalistischen Bewegungen etwas entgegen zu setzen.

Sowohl die mögliche Ursache der Entstehung von Covid-19: nämlich dem unkontrollierten voranschreitenden Eindringen der Menschheit bzw. der Industrie in natürliche (tierische) Lebensräume und der_die damit einhergehenden Zerstörung und Verschmutzung von Biodiversität und Natur. - Als auch „das nicht bewerkstelligen können der Krise“ während der Pandemie, durch ein unterfinanziertes/ privatisiertes Gesundheits- und Sozialsystem; -

waren und sind nicht mit Applausgesten vor Krankenhäusern, Menschen- und Lichterketten auf Gegendemonstrationen oder Einmal-Bonusgehältern für „Systemrelevante Berufe“ zu beheben. Die kürzlichst durch die Bundesregierung versprochenen und viel diskutierten 100 Milliarden Euro für Aufrüstung und Bundeswehr stehen dabei den ein paar Tage später frei gegebenen 1 Milliarde Euro für Pflegekräfte exemplarisch gegenüber. Das Rüstungsproduktion nie eine Option sein kann, beweist hier nicht zu Letzt die Absurdität eines Rüstungsdeals vor knapp 10 Jahren: Ein Manöverzentrum bzw. Militärtrainingscamp des deutschen Rüstungsunternehmens Rheinmetall wurde an Russland verkauft. Und vor einigen Monaten bereiteten sich unter Anderem dort die russischen Truppen auf den Krieg in der Ukraine vor.

Nun, nach der vorzeitigen Beendigung der „Maßnahmen zum Schutz vor dem Virus und der Pandemie“, wird - begleitet von einem nationalistischen Taumel - wieder viel über Waffenlieferungen oder Raketenschutzschirme gesprochen/ geschrieben. Der Krieg in der Ukraine scheint die Themen Rund um das Virus verdrängt zu haben. Eine breite Solidaritätswelle mit den Menschen in der Ukraine breitete sich aus. Und es tat gut zu sehen, dass viele Menschen sich ablehnend gegenüber dem Krieg äußerten und ihre Hilfsbereitschaft gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine zeigten. Gleichzeitig wurden zum Teil rassistische Doppelstandards im Umgang mit Migration und Krieg offensichtlich. Schwarzen Menschen aus der Ukraine wurde es so beispielsweise fast verunmöglicht schnell aus dem Kriegsgebiet zu gelangen. In Zügen für Geflüchtete nach Deutschland finden rassistische Ausweiskontrollen statt. Ein Teil der Gesellschaft (und damit der Friedensbewegung) wird mit dem Fakt konfrontiert, dass Menschen auf Flucht nicht immer den eigenen kulturellen/ wirtschaftlichen (auch (post-)kolonialen) Interessen und Vorstellungen entsprechen.

Für den Großteil der Weltbevölkerung haben „Krise“, „Diskriminierung“ oder „Ausgrenzung“ eben nicht erst vor zwei Jahren mit einer Pandemie begonnen, sondern waren seit jeher Teil ihrer Realität. Kriege Hunger und Ausbeutung sind, wie geschrieben: eher Normalzustand in dieser Gesellschaft, denn Ausnahmeerscheinung. Das war vor der Pandemie so und es war während der Maßnahmen so.



Abbildung 4: Plakat: Aufruf zu einer solidarischen Demonstration in Potsdam während der Pandemie - "Kritik statt Geschwurbel"